



Verstärkte Friedensinitiativen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts im Sudan

Die humanitäre Krise im Sudan hat sich in den letzten Monaten dramatisch verschärft. Im August 2024 sind über 25,6 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, von Hunger betroffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Sudan Armed Forces (SAF), dem sudanesischen Militär, und den Rapid Support Forces (RSF), einer paramilitärischen Einheit, haben Millionen Menschen zur Flucht gezwungen und erschweren den Zugang zu lebenswichtiger humanitärer Hilfe. Überschwemmungen und eine zusammenbrechende Infrastruktur verschärfen die Situation zusätzlich. Die SP Schweiz ist überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft, einschliesslich der Schweiz, dringend handeln muss, um die humanitäre Lage zu lindern und langfristige Lösungen zu finden.

Forderungen an das eidgenössische Parlament und den Bundesrat

- 1. Intensivierung der Friedensverhandlungen:** Die SP anerkennt die konstruktive Rolle der Schweiz in den im August 2024 abgehaltenen, von den USA vermittelten Friedensgesprächen in der Schweiz, die auf eine Beendigung der Gewalt im Sudan abzielen. Leider sind die Bemühungen um einen Waffenstillstand im Sudan jedoch vorerst gescheitert. Die SP fordert den Bundesrat auf, diese Bemühungen zu intensivieren und als neutraler Vermittler zu agieren, um einen dauerhaften Frieden zu bewirken. Dank ihrer humanitären Tradition kann die Schweiz einen entscheidenden Beitrag für eine friedliche und stabile Zukunft des Sudans leisten, indem sie ihre diplomatischen und humanitären Anstrengungen verstärkt.
- 2. Einsatz im UNO-Sicherheitsrat für eine Waffenruhe im Sudan:** Die Schweiz sollte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aktiv darauf hinarbeiten, eine sofortige und umfassende Waffenruhe im Sudan zu erreichen. Dies beinhaltet nicht nur die Forderung nach einem Ende der Kampfhandlungen, sondern auch die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle Konfliktparteien. Es ist essenziell, dass der Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Gruppen, gewährleistet wird. Die Bemühungen der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat sollten auch die Unterstützung für allfällige internationale Sanktionen beinhalten, die gegen jene Akteure verhängt werden, welche die Waffenruhe untergraben oder gegen das humanitäre Völkerrecht verstossen. Schliesslich soll sich die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat dafür einsetzen, dass das UNO-Waffenembargo auf den gesamten Sudan ausgeweitet wird und dass seine Überwachungs- und Überprüfungsmechanismen ausgebaut werden. Internationale Waffenlieferungen müssen überwacht und illegale Waffeneinfuhren wirksam verhindert werden. Dabei muss ein weites Spektrum von Waffen erfasst werden, um Lieferungen von Schrotflinten,

Jagdgewehren und Schreckschusspistolen und der entsprechenden Munition in den Sudan zu stoppen.

3. **Sofortige humanitäre Hilfe und Unterstützung vor Ort:** Angesichts der akuten Ernährungskrise und der erschwerten Bedingungen für humanitäre Einsätze fordert die SP Schweiz den Bundesrat auf, die humanitäre Hilfe für den Sudan zu erhöhen. Die Schweiz soll sich für die Schaffung von sicheren Korridoren einsetzen, die es ermöglichen, dringend benötigte Hilfsgüter und medizinische Versorgung in die betroffenen Gebiete zu bringen. Es ist notwendig, flexible und ausreichend finanzierte Programme zu entwickeln, die die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern wie Nahrungsmitteln, Wasser und medizinischer Versorgung sicherstellen. Die Schweiz soll zu diesem Zweck insbesondere die humanitären UNO-Unterorganisationen mit flexibel einsetzbaren und langfristig planbaren finanziellen Mitteln unterstützen. Damit das humanitäre und entwicklungspolitische Engagement der Schweiz in den Jahren 2025-2028 nicht reduziert werden muss, ist es von zentraler Wichtigkeit, dass das Budget für die internationale Zusammenarbeit nicht – wie vom Bundesrat vorgeschlagen – gekürzt wird. Stattdessen soll dieses endlich auf das international verankerte Ziel von 0.7% BNE erhöht werden.
4. **Unterstützung von Entwicklungsprojekten und Aufbauhilfe:** Neben der unmittelbaren humanitären Hilfe muss die Schweiz auch langfristige Entwicklungsprojekte fördern, die den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Landes unterstützen. Projekte zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft zur Schaffung eines unabhängigen Wirtschaftssystems sind fundamental, um den Menschen eine Perspektive in ihrer Heimat zu bieten und die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu reduzieren. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn die im August 2024 in der Schweiz abgehaltenen Friedensverhandlungen erneut aufgenommen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.
5. **Verbot der Nutzung des Schweizer Handelsplatzes für Konfliktrohstoffe:** Die Schweiz muss sicherstellen, dass ihr Handelsplatz nicht als Absatz- oder Umschlagplatz für Konfliktrohstoffe aus dem Sudan dient, um zu verhindern, dass der Bürgerkrieg indirekt finanziert wird. Der Krieg im Sudan wäre insbesondere ohne seine Goldvorkommen in der heutigen Form kaum denkbar. Deshalb ist es zentral, dass eine Deklarationspflicht für die Herkunft von importiertem Gold für Schweizer Raffinieren gesetzlich verankert wird. Konkret sollen im Rahmen der laufenden Revision des Zollgesetzes im Edelmetallkontrollgesetz die Transparenz- und Sorgfaltsvorschriften für den Handel mit Gold verschärft werden. Generell soll der Bund sicherstellen, dass keine Schweizer Unternehmen oder Finanzinstitute in den Handel mit Konfliktrohstoffen involviert sind. Um diese Ziele zu erreichen, sollte der Bund dringend Massnahmen ergreifen, um sich der Europäischen Union anzuschliessen, die im Mai 2024 eine Richtlinie zur Konzernverantwortung verabschiedet hat. Diese Richtlinie verpflichtet Unternehmen dazu, nicht nur ihre Lieferketten auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltstandards zu überprüfen, sondern auch konkrete Verantwortung für ihre Geschäftsaktivitäten zu übernehmen. Die Schweiz sollte vergleichbare Regeln einführen, um sicherzustellen, dass Konzerne zur Rechenschaft

gezogen werden, wenn sie durch ihre Handlungen zur Finanzierung von Konflikten beitragen. Durch strenge Vorschriften und eine konsequente Überwachung soll verhindert werden, dass der Schweizer Markt den Bürgerkrieg im Sudan indirekt unterstützt.